Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9741**

18. Wahlperiode 23.09.2016

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/9565 –

Bundesbedienstete im Saarland

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Zahl der Bundesbediensteten im Saarland hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Grund hierfür war unter anderem die im Jahr 2011 ministeriell entschiedene Umstrukturierung der Bundeswehr. Das Saarland war deutschlandweit von dieser Maßnahme am stärksten betroffen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21. September 2016 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie hat sich die Zahl der Bundesbediensteten im Saarland in den vergangenen 20 Jahren im Vergleich zur Bevölkerungszahl entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die Zahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr (Stichtag 30.06.)	Bevölkerungszahl Saarland	Beschäftigte des Bundes im Saarland*	Beschäftigte pro 1.000 Einwohner
1995	1.082.943	5.200	4,8
1996	1.083.119	4.800	4,4
1997	1.082.710	4.500	4,2
1998	1.077.040	4.400	4,1
1999	1.072.466	4.300	4,0
2000	1.069.485	4.300	4,0
2001	1.067.029	4.200	4,0
2002	1.065.082	4.500	4,2
2003	1.062.756	4.500	4,3
2004	1.058.826	4.600	4,4
2005	1.052.478	4.500	4,2
2006	1.046.882	4.300	4,1
2007	1.039.595	3.500	3,4
2008	1.033.745	3.400	3,3
2009	1.025.531	3.400	3,3
2010	1.019.815	3.700	3,6
2011	999.038	3.800	3,8
2012	995.732	3.800	3,8
2013	991.798	3.900	4,0
2014	989.447	3.800	3,8
2015	989.263	3.400	3,5

* gerundet

Quelle: Statistisches Bundesamt

a) In welchen Bereichen waren die Bediensteten in diesem Zeitraum tätig (bitte nach Bereichen, Jahren und in absoluten Zahlen aufschlüsseln)?

b) Wie sieht die Entwicklung dieser Zahl in den anderen Bundesländern für diesen Zeitraum aus (bitte nach Bereichen, Jahren und in absoluten Zahlen aufschlüsseln)?

Die Fragen 1a und 1b werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Aufgrund der identischen Fragestellungen erfolgte eine zusammenfassende Darstellung der Bundesländer differenziert nach Bereichen und Jahren. Die Zahlen umfassen die Beschäftigten des unmittelbaren Bundesdienstes. Insbesondere der Bereich der Sozialversicherungsträger ist hiervon nicht erfasst.

c) Wie viele Bundesbedienstete waren und sind auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsverhältnisses in den vergangenen 20 Jahren angestellt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Auf die Anlage 2 wird verwiesen.

2. Kann vonseiten der Bundesregierung eine zahlenmäßige Veränderung der Personalzahl von Bundesbediensteten im Saarland bis Ende 2017 ausgeschlossen werden?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung kann gegenwärtig signifikante Veränderungen des Personalbestandes von Bundesbediensteten bis Ende 2017 ausschließen. Mögliche geringfügige Veränderungen können sich in allen Aufgabenbereichen lediglich aufgrund altersbedingter Personalabgänge ergeben. Diese werden durch die Einstellung von Nachwuchskräften kompensiert.

Im Bereich der Bundeswehr ist die 2011 ministeriell entschiedene flächenmäßige Umstrukturierung und Dislozierung, von der das Saarland ebenfalls betroffen war, grundsätzlich abgeschlossen.

Anstehende Umstrukturierungsmaßnahmen im Geschäftsbereich der Generalzolldirektion werden ebenfalls zu keiner zahlenmäßigen Veränderung führen, da die Beschäftigten innerhalb des Saarlandes in anderen Dienststellen der Zollverwaltung eingesetzt werden können.

Im Bereich der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sind die Planungen zu organisatorischen Umstrukturierungen und Stellenveränderungen gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

Auch im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie an den Standorten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Saarland sind bis Ende 2017 keine wesentlichen Veränderungen bei der Personalausstattung geplant.

3. Sind der Bundesregierung Planungen bekannt, Behörden aus dem Saarland abzuziehen oder diese dort anzusiedeln?

Der Bundesregierung sind keine derartigen Planungen bekannt.

4. Welche Umstrukturierungsmaßnahmen im Saarland sind in Bezug auf Einrichtungen des Bundes in Planung?

Für folgende Einrichtungen und Behörden des Bundes sind gegenwärtig im Saarland Umstrukturierungsmaßnahmen geplant:

Im Bereich der Binnenzollämter wurde in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen einer Evaluierung die bestehende bundesweite Standortstruktur betrachtet. Sowohl unter dem Aspekt einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung als auch insbesondere unter dem Gesichtspunkt, durch die Beibehaltung der Flächenpräsenz bürgernah und kundenorientiert zu agieren, wurde im Ergebnis die Zusammenfassung der Zollämter Saarbrücken, Homburg und Saarlouis zu einer größeren Einheit beschlossen. Zudem wird am Standort Saarlouis ein Zollservicepunkt als Anlauf- und Auskunftsstelle insbesondere im Bereich der Kfz-Steuer bzw. der Abfertigung von Postpaketen eingerichtet. Daneben wird eine organisatorische

Verlagerung der Beihilfesachbearbeitung von der Generalzolldirektion am Standort Saarbrücken zum Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen stattfinden.

Weiterhin wird beim Deutschen Wetterdienst die Augenbeobachtung an allen Wetterwarten und Flugwetterwarten im Bundesgebiet automatisiert. Dies führt dazu, dass bis 2021 alle Flugwetterwarten automatische Wettermeldungen generieren und den Beschäftigten sozialverträglich neue Aufgaben übertragen werden.

Dies betrifft im Saarland die Flugwetterwarte Saarbrücken am internationalen Verkehrsflughafen Ensheim.

Zudem werden durch die Reform der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes die heutigen 39 Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter zu 17 neuen Ämtern zusammengeführt. Das heutige Wasser- und Schifffahrtsamt Saarbrücken wird mit den Ämtern in Trier und Koblenz in das neue Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Mosel-Saar überführt. Dabei bleiben allerdings alle Amtsstandorte innerhalb der Reviere bestehen.

Hinsichtlich der Planungen bezüglich der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wird auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 2 verwiesen.

5. Mit welcher Begründung sollen die Zollämter Homburg und Saarlouis aufgehoben werden?

Der Grund der Auflösung der Zollämter Homburg und Saarlouis besteht in den Ergebnissen der Evaluierung der Binnenzollämter. Auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

a) Welche konkreten Planungen bestehen bezüglich der dort Beschäftigten?

Die Beschäftigten der Zollämter Homburg und Saarlouis werden künftig voraussichtlich beim Zollamt Saarbrücken mit dem dort angegliederten Zollservicepunkt Saarlouis ihren Dienst verrichten.

b) In welchen Einrichtungen des Bundes werden die dort Beschäftigten voraussichtlich eingesetzt?

Auf die Ausführungen in der Antwort zu Frage 5a wird verwiesen.

c) Welche Aufgaben werden aktuell von deutschen Zollämtern übernommen, wie haben sich die Aufgabenbereiche in den vergangenen 20 Jahren verändert, und gibt es Planungen, den Aufgabenbereich künftig zu verändern?

Die Zollämter haben eine Vielzahl von unterschiedlichen Aufgaben. Einen Schwerpunkt der Tätigkeiten bildet der Bereich der Warenabfertigung. Gerade dieser Bereich war in den vergangenen Jahren einem stetigen Anpassungsbedarf unterworfen.

Die Warenabfertigung orientiert sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Aufgrund der zunehmenden Globalisierung und der beschleunigten Ablaufprozesse und Lieferketten galt es auch für die Zollverwaltung, ihre Verfahrensabläufe anzugleichen und zu optimieren. Neben den elektronischen Abfertigungsverfahren und den Verfahrenserleichterungen bieten die Beschäftigten der Zollämter einen flächendeckenden, persönlichen Service – auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Als Beispiel kann hierfür u. a. die Bearbeitung der Kfz-Steuer angeführt

werden, die als neue Aufgabe im Jahr 2014 hinzugekommen ist. Hierdurch treten die Zollämter als Kontaktstellen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auf.

Auch für die Zukunft wird sich die Zollverwaltung insgesamt – und somit auch die Zollämter – neuen Anforderungen und hieraus resultierenden Aufgaben stellen.

d) Wie beurteilt die Bundesregierung aktuell die personelle Ausstattung deutscher Zollämter im Hinblick auf die durchzuführenden Aufgaben?

Aufgrund des Aufgabenportfolios der Zollverwaltung gibt es einen festgesetzten Personalbedarf für die einzelnen Dienststellen innerhalb der Zollverwaltung und mithin auch für jedes Zollamt. Im Rahmen dieser Personalfestsetzung erfüllen die Zollämter ihre gesetzlichen Aufgaben insbesondere unter dem Gesichtspunkt eines risikoorientierten Vorgehens im Hinblick auf die Warenabfertigung.

6. Wie hat sich die Umstrukturierung der Bundeswehr an den Standorten Lebach, Merzig, Perl, Saarlouis und St. Wendel bezüglich der Anzahl der Bediensteten (militärischer und nichtmilitärischer Bereich) und der durch sie zu übernehmenden Aufgaben ausgewirkt (bitte nach einzelnen Standorten aufschlüsseln)?

Am Standort Lebach befinden sich derzeit ca. 300 Soldatinnen und Soldaten, am Standort Merzig ca. 500, am Standort Saarlouis ca. 480, am Standort Perl ca. 20 Soldatinnen und Soldaten. Am Standort St. Wendel befinden sich ca. 65 Zivilbeschäftige, am Standort Perl ca. 110 sowie am Standort Saarlouis ca. 60. Darüber hinaus verteilen sich aus dem Bereich des zuständigen Bundeswehr-Dienstleistungs-zentrums Zweibrücken ca. 520 Beschäftigte anteilig auf die jeweiligen Standorte.

Die Umstrukturierung ist dem Grunde nach abgeschlossen, die Aufgabenverteilung wurde entsprechend angepasst.

7. Welche Planungen gibt es in Bezug auf das Karrierecenter der Bundeswehr in Saarlouis (insbesondere zu Fortbestand, Personalisierung)?

Die Struktur des Karrierecenters der Bundeswehr Saarlouis bleibt bis Ende 2017 unverändert. Unter Umständen sind noch geringfügige personelle Anpassungen notwendig; entsprechende Planungen sind derzeit nicht abgeschlossen.

8. Welche konkreten Planungen gibt es in Bezug auf die Bundespolizei im Saarland?

Derzeit gibt es im Bereich der Bundespolizei keine konkreten Planungen zu Veränderungen der Personal- oder Organisationsstruktur im Saarland.

a) Wie wird sich die Personalstärke in den kommenden fünf Jahren entwickeln (bitte nach Polizeivollzugsdienst und Verwaltungsbereich aufschlüsseln)?

Die avisierten zusätzlichen Planstellen für die Bundespolizei, von denen im Bundeshaushaltsplan 2016 bereits 1 000 Planstellen ausgebracht sind und die in weiteren Tranchen zu je 1 000 Planstellen in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 ausgebracht werden sollen, sind zur Unterlegung von bereits im Vorgriff eingerichteten Dienstposten und zur Neueinrichtung zusätzlicher Dienstposten für die

zu verstärkenden einzeldienstlichen Aufgabenbereiche der Bundespolizei vorgesehen. Da die Ausbildung und der damit verbundene Vorbereitungsdienst im gehobenen Polizeivollzugsdienst drei Jahre und im mittleren Polizeivollzugsdienst zweieinhalb Jahre dauern, werden die für die zusätzlichen Planstellen neu ausgebildeten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erst zeitversetzt ihren regulären Dienst aufnehmen. Vor diesem Hintergrund sind Überlegungen zur konkreten Zuordnung der im Polizei- und Verwaltungsdienst neu einzurichtenden Dienstposten zu einzelnen Dienststellen der Bundespolizei, die auf der Grundlage möglichst aktueller polizeifachlicher und organisatorischer Gegebenheiten erfolgen soll, noch nicht abgeschlossen.

b) Beabsichtigt die Bundespolizei, etwa durch die Errichtung eines regionalen Ausbildungszentrums im Saarland, die Polizeiausbildung im Saarland zu regionalisieren?

Die Bundespolizei beabsichtigt nicht, die Polizeiausbildung im Saarland zu regionalisieren.

c) Beabsichtigt die Bundesregierung hinsichtlich der Bundespolizei im Saarland strukturelle Veränderungen (bitte detailliert unter Angabe des jeweiligen Standorts aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung beabsichtigt keine strukturellen Veränderungen der Bundespolizei im Saarland.

Anlage 1

Entwicklung der Beschäftigten des Bundes nach Aufgabenbereich und Ländern (gemeldeter Dienst- bzw. Arbeitsort)*) in 1000)**

Jahr (Stichtag 30.06.)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Branden-burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Insgesamt																	
1995	535,5	35,6	82,4	24,5	19,0	5,0	12,0	32,3	18,6	78,9	100,5	39,2	5,2	14,5	7,4	52,8	7,5
1996	522,1	34,8	79,6	24,8	19,3	4,7	11,6	31,5	18,9	76,5	97,7	38,8	4,8	14,6	7,0	49,9	7,6
1997	515,8	34,5	78,9	25,1	18,8	4,7	11,3	30,7	18,9	74,9	96,4	39,0	4,5	14,6	7,2	48,6	7,7
1998	505,8	34,3	76,8	24,9	19,5	4,4	10,9	30,1	19,6	72,0	94,4	37,0	4,4	15,6	7,5	46,6	7,8
1999	500,1	34,3	76,5	25,2	19,2	4,5	10,9	29,2	19,2	70,0	93,0	37,0	4,3	15,8	7,4	45,6	7,9
2000	491,6	34,2	75,0	27,3	18,9	3,3	10,9	28,3	19,3	68,3	89,6	37,2	4,3	15,7	7,3	44,1	8,0
2001	483,2	33,1	73,0	27,9	18,8	3,2	10,8	27,4	19,4	66,3	88,0	36,1	4,2	15,6	7,8	43,4	8,0
2002	478,9	32,6	72,2	29,4	18,8	3,1	10,8	26,9	19,2	65,8	85,6	35,6	4,5	15,8	7,9	42,5	8,1
2003	478,3	33,0	71,7	29,8	18,1	3,2	10,7	27,8	19,8	64,6	86,7	34,6	4,5	15,9	8,6	41,4	7,8
2004	479,4	33,7	70,9	31,2	18,4	3,1	10,5	28,3	20,0	64,7	85,7	34,5	4,6	15,8	9,5	40,3	8,3
2005	465,6	32,4	70,0	30,7	17,2	3,1	11,0	27,8	18,9	63,2	83,1	33,0	4,5	15,4	9,7	38,0	7,8
2006	463,9	32,7	69,5	30,4	16,9	3,0	11,1	26,6	18,6	62,1	84,5	32,8	4,3	15,8	9,6	37,7	8,2
2007	461,3	32,6	69,3	30,7	15,9	2,9	11,2	26,0	18,6	63,6	83,9	33,5	3,5	15,2	9,1	36,7	8,6
2008	449,0	31,5	66,9	31,2	15,5	2,6	11,2	24,9	18,2	62,2	83,2	32,1	3,4	13,5	8,8	34,9	9,0
2009	447,6	31,6	66,9	30,9	16,4	2,8	11,3	24,3	18,0	63,6	82,7	31,6	3,4	12,3	8,5	34,2	9,2
2010	444,7	31,9	66,1	30,5	16,0	2,9	11,0	24,5	17,9	63,8	80,2	32,7	3,7	11,8	8,8	33,8	9,1
2011	439,6	31,2	65,9	30,7	16,0	2,9	10,8	24,9	17,9	62,8	78,6	31,4	3,8	11,7	8,6	33,0	9,1
2012	431,0	30,0	64,2	30,4	15,9	3,0	10,5	24,6	17,3	61,0	78,6	30,8	3,8	11,6	8,6	31,8	9,0
2013	421,9	28,8	61,2	31,8	15,8	2,8	10,2	23,8	16,9	61,0	75,7	31,0	3,9	11,7	8,6	29,9	8,9
2014	416,4	28,3	59,5	32,1	16,4	2,7	10,0	23,7	16,9	59,7	76,1	29,7	3,8	11,6	8,6	28,7	8,7
2015	411,2	27,3	59,1	33,9	16,2	2,8	10,3	22,9	16,8	58,0	74,4	29,3	3,4	11,9	8,5	27,9	8,5
davon: Verteidigung[1)]																	
1995	344,0	25,8	59,6	3,1	11,3	2,8	6,4	13,6	12,4	61,7	51,3	33,7	3,6	6,3	4,6	42,1	5,6
1996	333,8	24,8	58,1	3,7	11,5	2,6	6,0	12,8	13,0	59,4	49,4	33,3	3,3	6,1	4,3	39,7	5,8
1997	329,8	24,4	57,8	4,1	10,9	2,5	5,6	12,6	13,2	57,9	49,3	33,5	3,0	6,0	4,4	38,9	5,8
1998	323,1	24,3	56,4	3,9	11,3	2,4	5,4	12,2	14,0	55,9	48,5	31,6	2,9	6,5	4,8	37,2	6,0
1999	321,2	24,2	56,8	3,9	11,1	2,4	5,4	12,0	13,7	54,9	48,6	31,6	2,8	6,8	4,7	36,1	6,0
2000	314,9	23,9	55,9	4,1	10,8	1,3	5,3	11,5	13,8	54,1	47,4	31,9	2,7	6,6	4,7	34,9	6,0
2001	308,8	22,9	54,5	4,2	10,7	1,2	5,3	11,2	14,0	52,7	46,4	30,9	2,7	6,6	5,0	34,4	6,1
2002	306,1	22,6	53,8	4,6	10,8	1,3	5,4	11,0	13,8	52,1	45,6	30,6	2,8	6,8	5,1	33,6	6,1
2003	304,3	23,2	53,2	4,4	10,3	1,5	5,4	11,6	14,4	51,2	46,5	29,4	2,9	6,8	5,6	32,3	5,7
2004	301,7	23,5	51,9	5,2	10,3	1,4	5,0	11,1	14,0	50,8	46,1	29,3	2,8	7,0	6,2	31,5	5,7
2005	290,8	22,2	51,1	5,2	9,8	1,4	5,4	10,1	13,6	49,4	43,8	28,0	2,6	7,2	6,3	29,3	5,2
2006	289,0	22,3	50,7	5,3	9,3	1,3	5,6	8,8	13,5	48,2	44,9	27,8	2,7	7,5	6,2	29,2	5,6
2007	287,0	22,3	50,6	5,3	8,1	1,3	5,8	8,3	13,5	49,8	44,4	28,5	1,9	7,1	5,7	28,3	6,1
2008	276,0	21,2	48,4	5,5	7,9	1,0	5,7	7,4	13,1	48,4	44,4	27,1	1,8	5,4	5,4	26,7	6,5
2009	274,7	21,7	48,6	5,4	8,0	1,1	6,2	6,8	12,9	49,9	42,6	26,7	1,8	4,8	5,3	26,1	6,7
2010	271,0	21,9	47,4	4,8	8,0	1,1	6,0	7,2	12,8	50,0	40,0	28,0	2,1	4,3	5,3	25,6	6,7
2011	266,0	21,3	47,2	4,8	8,1	1,2	6,0	7,5	12,8	48,9	37,9	26,1	2,7	4,3	5,2	25,1	6,8
2012	257,9	20,2	45,8	4,8	8,0	1,2	5,6	7,2	12,4	47,2	37,3	25,4	2,6	4,3	5,1	24,1	6,7
2013	249,1	18,9	42,7	5,6	7,8	1,1	5,1	6,6	12,1	47,2	35,2	25,5	2,6	4,5	5,1	22,4	6,6
2014	243,0	18,0	40,9	5,9	8,5	1,0	5,1	6,4	12,0	45,6	35,5	24,3	2,5	4,5	5,2	21,1	6,4
2015	235,9	16,8	40,1	6,3	8,3	1,0	5,3	5,6	12,0	43,8	34,7	23,9	2,0	4,4	5,3	20,0	6,5

Anlage 1

Jahr (Stichtag 30.06.)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
davon: Polizei[2)]																	
1995	44,4	1,2	7,2	1,5	2,5	0,1	0,2	8,3	2,1	5,6	6,1	1,0	0,2	3,4	0,3	4,3	0,3
1996	44,7	1,2	7,0	1,5	2,6	0,1	0,2	8,3	2,0	5,8	6,2	1,0	0,2	3,6	0,3	4,2	0,3
1997	44,7	1,3	6,9	1,6	2,7	0,1	0,3	8,3	2,0	5,6	6,3	1,0	0,3	3,9	0,3	3,8	0,3
1998	44,0	1,3	6,5	2,1	2,8	0,1	0,4	7,9	1,9	4,9	6,2	1,0	0,4	4,3	0,3	3,7	0,3
1999	42,9	1,4	6,1	2,6	2,8	0,2	0,5	7,6	2,0	4,0	5,9	1,0	0,4	4,3	0,3	3,5	0,3
2000	42,1	1,6	5,7	2,7	2,9	0,2	0,5	7,3	2,0	3,3	6,0	1,0	0,5	4,3	0,4	3,5	0,3
2001	42,1	1,7	5,5	2,8	2,9	0,2	0,5	7,1	2,0	2,7	6,7	1,0	0,6	4,3	0,6	3,4	0,3
2002	42,4	1,7	5,4	3,0	3,0	0,2	0,5	7,0	2,2	2,7	6,5	1,0	0,6	4,5	0,6	3,3	0,3
2003	43,8	1,7	5,7	3,4	3,0	0,2	0,5	7,3	2,2	2,7	6,6	1,2	0,6	4,5	0,6	3,3	0,3
2004	44,3	1,7	5,8	3,2	3,0	0,2	0,8	7,6	2,5	2,8	6,8	1,1	0,6	4,5	0,6	2,9	0,2
2005	45,1	1,9	6,0	3,5	3,1	0,2	0,8	7,9	2,2	3,0	6,4	1,2	0,6	4,8	0,4	3,0	0,2
2006	45,3	1,9	6,0	3,2	3,4	0,2	0,8	8,0	2,1	3,0	6,5	1,3	0,6	4,8	0,4	2,9	0,2
2007	45,5	1,9	6,0	3,3	3,5	0,2	0,8	7,9	2,1	3,1	6,5	1,3	0,6	4,6	0,4	2,9	0,2
2008	45,0	1,9	5,8	3,3	3,5	0,2	0,8	7,7	2,0	3,2	6,5	1,3	0,6	4,6	0,4	2,8	0,2
2009	44,8	1,9	5,8	3,2	3,7	0,2	0,8	7,6	2,1	3,2	6,6	1,2	0,6	4,6	0,3	2,8	0,2
2010	44,7	1,9	6,0	3,1	3,9	0,3	0,7	7,4	2,0	3,2	6,8	1,1	0,7	4,2	0,4	2,9	0,3
2011	44,4	2,0	6,0	3,3	3,8	0,3	0,7	7,5	1,9	3,2	6,5	1,5	0,4	4,0	0,4	2,8	0,2
2012	44,1	2,0	5,9	3,3	3,7	0,3	0,7	7,7	1,7	3,1	6,5	1,5	0,4	3,9	0,4	2,7	0,2
2013	44,2	2,0	6,0	3,2	3,8	0,3	0,7	7,6	1,7	3,1	6,7	1,5	0,4	3,8	0,4	2,7	0,2
2014	43,9	2,0	6,0	3,2	3,7	0,3	0,7	7,6	1,8	3,2	6,7	1,4	0,4	3,7	0,4	2,6	0,2
2015	44,2	2,0	6,1	3,4	3,6	0,3	0,7	7,7	1,7	3,2	6,6	1,4	0,4	3,7	0,4	2,8	0,3
davon: Finanzverwaltung[3)]																	
1995	48,8	5,2	6,6	4,3	3,0	1,1	2,9	3,6	2,3	3,0	7,5	1,6	0,7	3,0	0,9	2,0	0,9
1996	48,5	5,2	6,4	4,2	3,1	1,1	3,0	3,5	2,4	2,9	7,5	1,6	0,7	3,1	0,9	1,9	0,9
1997	48,4	5,3	6,4	4,1	3,2	1,1	3,1	3,6	2,3	2,9	7,5	1,7	0,6	3,1	0,9	1,8	0,9
1998	48,4	5,3	6,4	4,2	3,3	1,1	3,0	3,5	2,2	2,9	7,5	1,7	0,6	3,2	0,9	1,8	0,9
1999	48,1	5,3	6,4	4,0	3,4	1,1	2,9	3,5	2,2	2,9	7,5	1,7	0,6	3,3	0,9	1,8	0,8
2000	47,8	5,3	6,3	3,9	3,4	1,1	3,0	3,5	2,1	2,9	7,5	1,7	0,6	3,3	0,9	1,8	0,8
2001	46,8	5,1	6,1	3,7	3,3	1,0	2,9	3,4	2,1	2,8	7,4	1,7	0,6	3,2	0,9	1,7	0,8
2002	45,8	5,1	6,0	3,5	3,3	0,8	2,9	3,4	1,9	2,9	7,3	1,4	0,7	3,2	0,8	1,8	0,7
2003	45,4	4,9	5,9	3,4	3,0	0,8	2,7	3,5	1,9	2,9	7,7	1,4	0,7	3,1	0,9	1,9	0,8
2004	47,1	5,3	6,2	3,1	3,1	0,8	2,8	3,8	1,8	3,1	7,8	1,5	0,8	2,7	1,1	2,1	1,2
2005	42,7	5,2	5,7	2,4	2,4	0,8	2,8	3,8	1,4	2,9	7,5	1,1	0,8	2,0	0,8	1,9	1,2
2006	42,8	5,3	5,7	2,4	2,3	0,8	2,8	3,9	1,4	2,8	7,9	1,1	0,6	2,0	0,7	1,9	1,2
2007	42,8	5,3	5,7	2,3	2,4	0,7	2,8	3,9	1,4	2,9	8,1	1,1	0,6	2,0	0,7	1,9	1,2
2008	42,3	5,3	5,6	2,2	2,3	0,7	2,7	3,8	1,4	2,8	8,2	1,1	0,6	2,0	0,7	1,9	1,1
2009	42,1	5,0	5,4	2,1	2,8	0,8	2,6	3,8	1,4	2,5	8,9	1,1	0,6	1,5	0,5	1,8	1,1
2010	42,0	5,0	5,5	2,1	2,3	0,9	2,5	3,8	1,5	2,5	8,6	1,1	0,6	2,0	0,7	1,8	1,1
2011	42,1	4,9	5,6	2,1	2,3	0,9	2,6	3,7	1,5	2,5	9,0	1,3	0,4	2,0	0,7	1,7	1,0
2012	42,5	4,9	5,4	2,2	2,3	0,9	2,6	3,6	1,5	2,5	9,4	1,3	0,4	2,0	0,7	1,6	1,0
2013	42,8	4,9	5,4	2,4	2,4	0,9	2,6	3,6	1,5	2,6	9,1	1,4	0,7	2,0	0,7	1,6	0,9
2014	43,4	5,2	5,4	2,3	2,3	0,9	2,6	3,6	1,4	2,6	9,6	1,4	0,6	2,1	0,7	1,6	0,9
2015	44,5	5,4	5,7	2,2	2,5	0,9	2,7	3,7	1,4	2,6	9,8	1,4	0,7	2,5	0,6	1,7	0,6

Anlage 1

Jahr (Stichtag 30.06.)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Branden-burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
davon: übrige Bereiche																	
1995	98,3	3,5	9,0	15,5	2,2	0,9	2,5	6,8	1,6	8,7	35,6	2,9	0,6	1,8	1,5	4,4	0,7
1996	95,2	3,5	8,0	15,2	2,2	0,9	2,4	6,8	1,6	8,5	34,6	2,8	0,6	1,8	1,5	4,1	0,6
1997	92,9	3,5	7,9	15,3	2,0	1,0	2,3	6,2	1,5	8,5	33,3	2,8	0,6	1,6	1,5	4,1	0,7
1998	90,3	3,5	7,5	14,7	2,0	0,8	2,1	6,6	1,5	8,4	32,2	2,8	0,5	1,6	1,5	3,9	0,7
1999	87,9	3,4	7,3	14,7	1,9	0,8	2,1	6,2	1,3	8,2	31,0	2,7	0,5	1,5	1,5	4,1	0,8
2000	86,8	3,4	7,1	16,6	1,9	0,8	2,1	6,0	1,3	8,1	28,6	2,6	0,4	1,5	1,4	4,0	0,9
2001	85,4	3,3	6,9	17,2	1,8	0,8	2,1	5,8	1,3	8,0	27,6	2,5	0,4	1,5	1,4	3,9	0,9
2002	84,6	3,2	6,9	18,3	1,8	0,7	2,0	5,5	1,3	8,1	26,2	2,5	0,4	1,4	1,4	3,8	1,0
2003	84,8	3,2	6,9	18,6	1,8	0,7	2,1	5,4	1,3	7,7	25,9	2,6	0,4	1,6	1,5	3,8	1,1
2004	86,3	3,2	7,1	19,7	2,0	0,7	1,9	5,8	1,7	7,9	25,1	2,7	0,4	1,6	1,7	3,8	1,2
2005	87,0	3,2	7,2	19,6	1,9	0,7	1,9	6,0	1,7	7,9	25,3	2,6	0,4	1,5	2,2	3,8	1,1
2006	86,7	3,2	7,2	19,5	1,9	0,7	1,9	5,9	1,7	8,0	25,2	2,6	0,4	1,5	2,3	3,7	1,1
2007	86,0	3,1	7,1	19,8	1,9	0,6	1,9	5,9	1,7	7,9	24,8	2,6	0,4	1,5	2,3	3,6	1,1
2008	85,6	3,1	7,1	20,2	1,8	0,6	1,9	6,0	1,7	7,8	24,1	2,6	0,4	1,5	2,3	3,5	1,1
2009	86,0	3,0	7,1	20,2	1,8	0,7	1,7	6,1	1,7	8,0	24,6	2,6	0,3	1,4	2,3	3,4	1,1
2010	86,9	3,1	7,2	20,5	1,8	0,7	1,8	6,1	1,7	8,1	24,8	2,6	0,3	1,4	2,3	3,4	1,1
2011	87,2	3,0	7,3	20,6	1,8	0,6	1,6	6,3	1,7	8,2	25,1	2,6	0,3	1,4	2,3	3,4	1,1
2012	86,6	3,0	7,1	20,1	1,8	0,6	1,6	6,2	1,7	8,2	25,4	2,6	0,3	1,4	2,3	3,3	1,1
2013	85,9	2,9	7,0	20,6	1,8	0,5	1,7	5,9	1,7	8,1	24,7	2,6	0,3	1,3	2,3	3,3	1,1
2014	86,2	3,0	7,1	20,6	1,9	0,5	1,6	6,0	1,7	8,3	24,4	2,6	0,3	1,3	2,2	3,4	1,1
2015	86,7	3,1	7,3	22,0	1,9	0,5	1,6	5,9	1,7	8,4	23,4	2,5	0,3	1,3	2,2	3,5	1,1

*) Die Personalzahlen werden von den personalabrechnenden Stellen des Bundes regional zugeordnet und im Rahmen der jährlichen Personalstandstatistik an das Statistische Bundesamt übermittelt. Da der Regionalnachweis über den genauen Einsatzort eines Bundesbediensteten kein zahlungsrelevantes Merkmal darstellt, können die Angaben zum Dienst- oder Arbeitsort insbesondere bei Einrichtungen mit mehrstufigem Verwaltungsaufbau (wie etwa der Bundespolizei oder der Bundeszollverwaltung) teilweise nicht bis auf die tiefste Verwaltungsebene herunter korrekt nachgewiesen werden.

**) Quelle: Statistisches Bundesamt

[1] Funktionen 031 und 032 des Bundeshaushaltplans; militärisches und ziviles Personal der Bundeswehr.

[2] Funktionen 041 und 042 des Bundeshaushaltplans; Bundespolizei und Bundeskriminalamt (in früheren Jahren auch Beschaffungsamt des BMI).

[3] Funktionen 061 und 062 des Bundeshaushaltplans; überwiegend Bundeszollverwaltung und andere Finanzverwaltung (in früheren Jahren auch Vermögensverwaltung).

Anlage 2

Arbeitnehmer des Bundes mit Zeitvertrag nach Ländern (gemeldeter Arbeitsort)*)
in 1000)**

Jahr (Stichtag 30.06.)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
1995	4,4	0,2	0,8	0,3	0,2	0,0	0,2	0,2	0,1	0,6	0,7	0,5	0,1	0,1	0,0	0,3	0,1
1996	4,0	0,2	0,6	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,7	0,7	0,4	0,1	0,1	0,0	0,3	0,1
1997	3,9	0,2	0,7	0,3	0,1	0,0	0,2	0,2	0,1	0,6	0,7	0,4	0,0	0,0	0,0	0,3	0,1
1998	4,2	0,3	0,6	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	0,9	0,7	0,4	0,1	0,0	0,0	0,3	0,0
1999	4,3	0,3	0,6	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	1,1	0,5	0,5	0,1	0,0	0,1	0,4	0,0
2000	3,8	0,2	0,6	0,1	0,1	0,0	0,2	0,2	0,1	0,9	0,5	0,4	0,1	0,0	0,0	0,5	0,0
2001	4,3	0,4	0,7	0,1	0,0	0,0	0,1	0,2	0,1	1,1	0,5	0,4	0,1	0,0	0,0	0,4	0,0
2002	4,9	0,5	1,0	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	1,2	0,4	0,4	0,1	0,0	0,0	0,5	0,0
2003	5,3	0,6	1,2	0,2	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	1,1	0,5	0,4	0,1	0,1	0,0	0,6	0,0
2004	6,3	0,6	1,1	0,6	0,1	0,0	0,2	0,4	0,2	1,0	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,5	0,0
2005	3,8	0,1	0,5	0,7	0,1	0,0	0,1	0,3	0,1	0,8	0,7	0,1	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0
2006	3,4	0,1	0,2	0,9	0,0	0,0	0,1	0,4	0,1	0,4	0,7	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
2007	4,4	0,1	0,2	1,4	0,1	0,0	0,1	0,5	0,2	0,5	0,9	0,1	0,0	0,0	0,2	0,1	0,0
2008	5,8	0,2	0,3	1,6	0,1	0,0	0,2	0,6	0,2	0,7	1,2	0,2	0,0	0,1	0,3	0,2	0,1
2009	7,2	0,2	0,4	2,0	0,1	0,0	0,2	0,7	0,2	0,9	1,6	0,2	0,0	0,1	0,3	0,2	0,1
2010	8,6	0,2	0,5	2,5	0,2	0,0	0,3	0,7	0,2	1,1	1,9	0,2	0,0	0,1	0,4	0,3	0,1
2011	12,8	0,5	1,5	2,8	0,2	0,0	0,7	0,9	0,3	1,7	2,4	0,5	0,0	0,1	0,5	0,4	0,1
2012	13,3	0,5	1,4	2,9	0,2	0,0	0,7	0,8	0,3	1,8	2,6	0,6	0,0	0,2	0,5	0,5	0,1
2013	14,3	0,6	1,5	3,2	0,3	0,0	0,7	0,9	0,4	1,9	2,8	0,6	0,0	0,2	0,5	0,5	0,1
2014	15,0	0,7	1,6	3,2	0,3	0,0	0,6	1,0	0,4	1,9	3,1	0,7	0,1	0,2	0,5	0,5	0,2
2015	15,2	0,6	1,6	3,4	0,3	0,0	0,7	1,0	0,4	1,9	3,1	0,7	0,0	0,2	0,6	0,5	0,1

*) Die Personalzahlen werden von den personalabrechnenden Stellen des Bundes regional zugeordnet und im Rahmen der jährlichen Personalstandstatistik an das Statistische Bundesamt übermittelt. Da der Regionalnachweis über den genauen Einsatzort eines Bundesbediensteten kein zahlungsrelevantes Merkmal darstellt, können die Angaben zum Dienst- oder Arbeitsort insbesondere bei Einrichtungen mit mehrstufigem Verwaltungsaufbau (wie etwa der Bundespolizei oder der Bundeszollverwaltung) teilweise nicht bis auf die tiefste Verwaltungsebene herunter korrekt nachgewiesen werden.

**) Quelle: Statistisches Bundesamt

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333